

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr (15. Ausschuß)

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksache 13/5049 –

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 13. Juli 1995
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik
über den Zusammenschluß der deutschen Autobahn A 6
und der tschechischen Autobahn D 5 an der gemeinsamen Staatsgrenze
durch Errichtung einer Grenzbrücke

A. Problem

Bau einer grenzüberschreitenden Autobahnbrücke im Raum Waidhaus und Roßhaupt (Rozvadov) für den Zusammenschluß der deutschen Autobahn A 6 in Richtung Osten mit der tschechischen Autobahn D 5 in Richtung Westen.

B. Lösung

Der am 13. Juli 1995 unterzeichnete Vertrag trifft die erforderlichen Regelungen. Mit dem vorgelegten Vertragsgesetz sollen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifikation des Vertrages geschaffen werden.

Einvernehmen im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf auf Drucksache 13/5049 anzunehmen.

Bonn, den 16. Oktober 1996

Der Ausschuß für Verkehr

Dr. Dionys Jobst

Vorsitzender

Peter Letzgus

Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Peter Letzgus

I.

Der Deutsche Bundestag hat den Gesetzentwurf auf Drucksache 13/5049 in seiner 121. Sitzung am 11. September 1996 ohne Aussprache beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Verkehr überwiesen. In seiner 125. Sitzung hat er die Vorlage ohne Beratung nachträglich dem Finanzausschuß zur Mitberatung überwiesen.

Der Finanzausschuß hat in seiner 47. Sitzung am 9. Oktober 1996 bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einstimmig empfohlen, den Gesetzentwurf anzunehmen. Der Ausschuß für Verkehr hat den Gesetzentwurf in seiner 39. Sitzung am 16. Oktober 1996 beraten und bei je einer Enthaltung bei der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS einvernehmlich dessen Annahme empfohlen.

II.

Am 13. Juli 1995 ist der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über den Zusammenschluß der deutschen Autobahn A 6 und der tschechischen Autobahn D 5 an der gemeinsamen Staatsgrenze durch Errichtung einer Grenzbrücke in Prag unterzeichnet worden. Mit diesem Vertrag wird im Sinne guter Nachbarschaft und freundschaftlicher Zusammenarbeit eine weitere Verbesserung der verkehrlichen Infrastruk-

tur an der deutsch-tschechischen Grenze angestrebt. Durch den Bau der grenzüberschreitenden Autobahnbrücke sollen die deutsche Autobahn A 6 in Richtung Osten und die tschechische Autobahn D 5 in Richtung Westen im Raum Waidhaus und Roßhaupt (Rozvadov) zusammengeschlossen werden. Die Bauarbeiten für die Grenzbrücke sollen 1997 abgeschlossen werden.

Der vorliegende Entwurf des Vertragsgesetzes stellt die ausschließliche Anwendung des deutschen Umsatzsteuerrechts im gesamten Baustellenbereich auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik sicher; nach Fertigstellung der Grenzbrücke ist die ausschließliche Anwendung des deutschen Umsatzsteuerrechts auf die im Zusammenhang mit der Instandsetzung und Erneuerung der Grenzbrücke anfallenden Umsätze vorgesehen. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, daß die Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 2 des Vertrags die Planung und Bauausführung sowie nach Artikel 5 Abs. 3 des Vertrags die Instandsetzung und Erneuerung übernimmt. Gleichzeitig wird durch die Anwendung eines einheitlichen Steuerrechts die Bauausführung sowie die Instandsetzung und Erneuerung erleichtert.

Der vorliegende Gesetzentwurf soll die zur Ratifikation des Vertrages notwendigen verfassungsrechtlichen Voraussetzungen gemäß Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes schaffen.

Bonn, den 16. Oktober 1996

Peter Letzgus

Berichterstatler

